Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tagblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 16. Sonnabend den 16. Januar 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 17. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach §. 6 der ortsstatutarischen Bestimmungen über den **Schulausschuß** der Stadt Leipzig haben in letzteren alljährlich **4 ständige Schulmänner, unter denen mindestens 2 Directoren sein müssen,** neu einzutreten und es sind diese 4 Mitglieder von den Directoren und sämmtlichen ständigen Lehrern und Lehrerinnen der hiesigen städtischen Volksschulen zu erwählen.

Indem wir hiermit die Wahl für das Jahr 1886 auf
Sonnabend, den 16. dieses Monats, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr
anberaumen, ersuchen wir die Herren Directoren und ständigen Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen städtischen Volksschulen, die Stimmzettel in der genannten Zeit **im Saale der I. Bürgerschule persönlich** abzugeben.

Leipzig, am 5. Januar 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Vermiethung.

Im **rechten Seitengebäude** des Grundstücks der **Grünen Linde,** Petersteinweg Nr. 17, ist eine **Niederlage** (die 3. vom Hofeingange aus) gegen **vierteljährliche Kündigung** vom **1. April ds. Js.** ab anderweit zu **vermiethen** und werden Miethbestellungen auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen.

Leipzig, den 11. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Auction.

Im **alten Thomasschulgebäude** am Thomaskirchhof Nr. 18—20 sollen

Freitag, den 22. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr

je 66 Stück **alte eiserne Bettstellen, Seegras-Matratzen** und dergl. **Keilkissen,** ferner 54 Stück **alte Waschbänke,** 24 Stück **alte hölzerne Sessel,** sowie verschiedene andere **Gegenstände** unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen gegen **sofortige Bezahlung meistbietend versteigert** werden.

Leipzig, den 12. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stiß

Bekanntmachung.

Das am 7. Juli vor. Js. zu Nr. 986 von uns für die am 15. November 1866 zu **Wadewitz** bei Zeitz geborene Schneiderin **Minna Hiller** ausgestellte Arbeitsbuch ist verloren gegangen und bitten wir, Wahrnehmungen über dessen Verbleib bei uns, Obstmarkt Nr. 3, II. (Stadthaus), anzuzeigen, bez. das Buch anher abzuliefern.

Leipzig, am 13. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kal.

Bekanntmachung.

Von einem auswärtigen Verehrer unserer **Thomana,** welcher sich nicht genannt hat, ist derselben das vollständige Aufführungs-Material zu **Friedrich Kiel's Zweitem Requiem** als Geschenk überwiesen worden.

Indem wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, sprechen wir dem unbekannten Schenkgeber unseren aufrichtigen Dank für sein freundliches Geschenk aus.

Leipzig, den 12. Januar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wolch, Afl.

Die bei hiesigem Leihhause in den Monaten **Januar, Februar, März und April 1885** versetzten oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit **noch bis jetzt** eingelöst worden sind, auch **nicht bis zum 30.** Januar d. J. eingelöst werden, sollen den **2. März d. J. und folgende Tage** im Parterre-Locale des Leihhauses öffentlich versteigert werden. Es können daher die in den genannten Monaten versetzten Pfänder nach dem 30. Januar d. J. und **spätestens am 5. Februar d. J.** nur unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark des Darlehens **einge löst oder nach Befinden erneuert werden;** vom 6. Februar d. J. an, an welchem Tage der Auctionskatalog geschlossen wird, kann **lediglich die Einlösung** derselben unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der **ganzen Forderung** des Leihhauses stattfinden, und zwar nur bis zum **26. Februar d. J.,** von welchem Tage ab Auctionspfänder unwiderruflich **weder eingelöst noch prolongirt** werden können.

Es hat also vom 27. Februar d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösens und Versetzens anderer Pfänder während der Auction in den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.

Leipzig, den 15. Januar 1886.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Dank.

Der am 29. vor. Mts. verstorbene Herr **Polizeisecretair Richard Theodor Braune,** welcher während einer langen Reihe von Jahren dem unterzeichneten Verwaltungsausschuß der Wittwen- und Waisenpensionscasse der Polizeibeamten angehört hat, hat das von ihm bei Lebzeiten stets an den Tag gelegte warme und rege Interesse für das Gedeihen dieser Casse in der uneigennützigsten Weise auch dadurch bewährt, daß er derselben in seinem Testamente ein **Vermächtniß** von

eintausend fünfhundert Mark

ausgesetzt hat. Wir bringen dies mit dem Ausdruck des innigsten Dankes für den theueren Entschlafenen hierdurch zur allgemeinen Kenntniß.

Leipzig, den 14. Januar 1886.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Wittwen- und Waisen-Pensionscasse der Polizei-Beamten.
Polizeidirector Bretschneider,
Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Städtische Arbeitsnachweisungsanstalt.

Mehrfach vorgekommene Beschwerden seitens des die Anstalt benutzenden Publicums veranlassen uns, darauf aufmerksam zu machen, daß Arbeiter bez. Arbeiterinnen, welche von der Anstalt geschickt werden, sich im Besitze einer von der Anstalt ausgestellten Arbeitskarte befinden müssen und daß, betreffs der Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit solcher Personen, die beim Beginn der Arbeit eine Karte nicht abgeben, sowie solcher, die sich am Eingang des Stadthauses dem befindlichen Publicum aufdrängen, seitens der Anstalt jede etwaige Beschwerde abgelehnt werden muß.

Leipzig, am 8. Januar 1886.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. Zschau.

Das am 13. Januar 1879 von der unterzeichneten Behörde für den Kellner Franz Richard Höfer aus Treptzig ausgestellte Dienstbuch ist vor längerer Zeit in hiesiger Stadt verloren gegangen und im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 13. Januar 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. B.

Steckbrief.

Gegen den Dienstknecht August Weidenhauer aus Reuschenau, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Beleidigung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Mansfeld abzuliefern.

Halle a. S., den 13. Januar 1886.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Nichtamtlicher Theil.

Die Eröffnung des preußischen Landtags.

Am Donnerstag ist der preußische Landtag durch den beinahe 89jährigen Kaiser in Person eröffnet worden. Stehend konnte der greise Monarch die feierliche Handlung vollziehen, und sein ganzes Auftreten gab Kunde von der körperlichen und geistigen Frische unseres allverehrten Reichsoberhauptes. Es war ihm Bedürfniß, den Dank für die allseitig ihm dargebrachten Glückwünsche zum Regierungsjubiläum auch von der erhabenen Stelle des Thrones auszusprechen, und der Kaiser verband mit diesem Dank die Bezeugung seines Vertrauens auf die gesicherte Fortdauer des Friedens, gestützt auf die Thatsache der freundlichen Beziehungen des Reiches zu allen auswärtigen Regierungen. Dieses Vertrauen, von so hoher und mächtiger Stelle kundgethan, gewinnt noch an Bedeutung durch die gleichzeitige Versicherung des Präsidenten der französischen Republik, daß Frankreich nicht aufbieten werde, mit den Völkern Europas und Amerikas in Frieden zu leben, nachdem es dem ihm gebührenden Platz unter denselben wieder eingenommen habe. In der That erscheint der europäische Friede in der Hauptsache verbürgt, wenn Deutschland und Frankreich sich in dem Streben begegnen, ihn aufrecht zu erhalten; denn schon durch die Verkündigung dieses Willens üben beide Reiche eine mächtige Wirkung auf das übrige Europa aus, und manche Gefahr für den Frieden, welche andernfalls zur gegenwärtigen werden könnte, bleibt alsdann das Geheimniß Derer, welche sie heraufbeschwören möchten.

Ganz ohne Kämpfe geht es ja auf der Erde fast niemals ab, aber Europa genießt, wenigstens augenblicklich, der Waffenruhe. Was sich aus den serbisch-bulgarischen Waffenstillstande entwickeln wird, ob Friede oder Krieg, läßt sich zwar zur Zeit noch nicht absehen, aber so viel scheint sicher, daß selbst im Falle des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten am 1. März der Krieg auf die Balkanhalbinsel beschränkt bleiben und daß wenigstens Deutschland nicht in die Lage kommen wird, in denselben thätig einzugreifen. Die Hauptgefahr bietet der Widerstreit der russischen und österreichischen Interessen, und deshalb wird diese Gefahr beseitigt, wenn Oesterreich es sich versagt, Serbien noch ferner seine moralische Unterstützung gegen Bulgarien zu leihen. Dem Druck, welchen das geeinte Europa auf die beiden Nebenbuhler ausübt, werden sich weder Serbien, noch Bulgarien entziehen können, aber die einseitige Bevorzugung Serbiens durch Oesterreich muß nothwendigerweise eine Gegenbewegung auf russischer Seite hervorrufen, und deshalb ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Deutschland seinen Einfluß im Sinne der Bekämpfung der österreichischen Sympathien zu Gunsten Serbiens geltend machen wird. Was Rußland und England mit einander an der Grenze von Afghanistan abzumachen haben, ist ihre Sache und kümmert das übrige Europa nicht, ebenso wenig wird durch die Kämpfe im Sudan, in Birma und in Anam und Tonkin Europa in Mitleidenschaft gezogen. Deutschland und Frankreich sind einig in dem Streben, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten, das genügt als wesentlichste Friedensbürgschaft.

Der geschäftliche Theil der preußischen Thronrede zerfällt in drei Abschnitte, in denjenigen, welcher sich mit den finanziellen Verhältnissen Preußens und des Reiches befaßt, in einen zweiten, welcher den Ausbau der inneren Entwickelung durch Eisenbahnen, Canäle und Ausdehnung der Selbstverwaltung ins Auge faßt, endlich in den der Polenfrage gewidmeten Abschnitt. Es kann nur erfreulich wirken, wenn wir erfahren, daß sich das Staatseisenbahn-Princip fortdauernd bewährt und Erträge liefert, welche den Erwartungen entsprechen; nicht minder berührt es angenehm, daß die Zollerträge zur Erleichterung der Gemeindelasten und zur Versorgung ausgedienter Volksschullehrer verwendet werden konnten: aber andererseits wird die Besorgniß für die Zukunft dadurch wachgerufen, daß weder Staatsbahnen, noch Zollerhöhungen das Gleichgewicht in den Ausgaben und Einnahmen des größten deutschen Bundesstaates herzustellen vermochten, und daß die erneute Steigerung der Matricularbeiträge für alle übrigen Theile des deutschen Reiches neue Lasten nöthig macht. Die Reichs-Finanzpolitik des Reichskanzlers ist seit einer Reihe von Jahren, insbesondere seit dem Jahre 1879 darauf gerichtet gewesen, das Reich von den Einzelstaaten im Geldpuncte unabhängig zu machen. Diesem Streben diente der neue Zolltarif, ihm sollte das Tabakmonopol zur Geltung verhelfen. Es ist bekannt, daß der Widerstand des Reichstages das Tabakmonopol nicht Gesetzeskraft erlangen ließ, und deshalb hat der Reichskanzler jetzt neue Wege aufgesucht, um dem Einnahmebedürfniß des Reiches Befriedigung zu schaffen. Der ganze Abschnitt der preußischen Thronrede über die Finanzen ist wesentlich ein Zeugniß für die Nothwendigkeit des Branntweinmonopols. Die Thronrede sagt deshalb, daß die Erleichterung des Druckes der Gemeinde- und Schullasten und die nothwendige Erhöhung der Beamtenbesoldungen die Weiterführung der Reichssteuerreform veranlasse, und daß die Regierung demgemäß sich habe angelegen sein lassen, reichsgesetzliche Bestimmungen zur Einführung des Branntweinmonopols vorzubereiten, von deren Annahme sie ausreichende Erträgnisse zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse im Staat und Reich und zugleich günstige Folgen für Moral und Gesundheit erhoffe.

Die Agitation gegen das Branntweinmonopol ist bereits in voller Entwickelung begriffen. Ihren Ausgangspunct hat sie natürlich von der Seite genommen, wo der Brennereibetrieb das Hauptverwerbsmittel bildet, wie in Nordhausen. Die Sache ist noch zu neu und zu wenig dem Standpunct des unbefangenen Beurtheilers aus nach allen Seiten hin erwogen, als daß der Zeitpunct schon gekommen sein könnte, um über den Plan des Monopols ein abschließendes Urtheil abzugeben. Was sich gegen Monopole überhaupt sagen läßt, ist bei Gelegenheit der Einbringung und Berathung des Tabakmonopols in so erschöpfender Weise gesagt worden, daß es als bekannt vorausgesetzt werden kann. Bezüglich des Branntweinmonopols wollen wir heute nur so viel bemerken, daß nach unserer Empfindung die Aussichten für die Verwirklichung desselben besser sind als für die des Tabakmonopols, und außerdem hat das Branntweinmonopol einen mächtigen Förderer in der unwerfelbaft verderblichen Wirkung, welche die alkoholhaltigen Getränke auf den ärmeren Theil der Bevölkerung ausüben. Wenn darin eine Aenderung zum Besseren erreicht werden kann, so wird man auch ein Mittel willkommen heißen, welches der Schattenseiten nicht entbehrt.

Auf die beabsichtigten Canalbauten und die Ausdehnung der Selbstverwaltung auf die Provinz Westfalen gehen wir an dieser Stelle wegen ihrer lediglich die preußische Monarchie interessirenden Wichtigkeit nicht näher ein, sondern wenden uns zur Polenfrage, die als nationale Frage nicht nur das gesammte deutsche Reich in Mitleidenschaft zieht, sondern auch auf die Nachbarländer Oesterreich und Rußland ihre Wirkung erstreckt. Bekanntlich begegnen sich Centrum und Deutschfreisinnige in der Absicht, die Ausweisungen von Polen aus den östlichen Provinzen Preußens vom reinen Humanitätsstandpuncte aus anzugreifen, während doch diese Maßregel nur als durch die Nothwehr gegen Polonisirungsbestrebungen und durch den Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes geboten wird. Die Thronrede hebt ausdrücklich hervor, daß die Zurückdrängung des deutschen Elements durch das polnische in den östlichen Provinzen der Regierung die Pflicht auferlege, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen geeignet sind. Wenn selbst die russische Regierung gegen das Vorgehen der preußischen Regierung gegen russische Unterthanen polnischer Nationalität nichts einzuwenden hat, dann sollte man glauben, daß auch preußische Staatsangehörige, welche auf ihre Eigenschaft als Deutsche Werth legen, sich damit zufrieden geben könnten. In der Politik können Privatinteressen nicht immer die wünschenswerthe Berücksichtigung finden, und eine Maßregel, die den Einzelnen hart trifft, ist durch das Gesammtinteresse häufig geboten. Was sollte aus Deutschland werden, wenn wir slawischen Bestrebungen nicht mit voller Kraft entgegentreten wollten? Sollen wir es etwa machen wie die Oesterreicher in Böhmen und Mähren? Unseres Erachtens können wir froh sein, wenn die preußische Regierung in der Abwehr dieser Bestrebungen energisch die Initiative ergreift. *

Leipzig, 16. Januar 1886.

* Die **I. General-Ordens-Commission in Berlin** macht im „Reichs- und Staatsanzeiger" bekannt: „Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs findet die Feier des Krönungs- und Ordensfestes am Sonntag, den 17. d. M., auf dem königlichen Schlosse hierselbst statt, wozu die Einladungen an die Herren Ritter und Inhaber königlicher Orden und Ehrenzeichen, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes, von der unterzeichneten Commission ergangen sind."

* Capitain-Lieutenant **Graf von Baudissin I.** ist erst seit dem Herbste, nach der Ablösung des Corvetten-Capitains Plüddemann, Commandant des in den letzten Tagen viel genannten Kreuzers „Albatroß", dem er aber schon vorher seit fast 2 Jahren als „Erster Officier" angehörte. Eine genaue Kenntniß der Verhältnisse in der Südsee ist diesem Officier also sicher zuzutrauen, der schon vor seiner Abcommandirung nach der australischen Station mehrere Jahre hindurch ein Schiffscommando gehabt hat, nämlich über den Aviso „Pommerania", den Tender des Chefs der Marine-Station der Nordsee, mit welchem wichtige Recognoscirungsreisen unternommen sind. Der Stab des „Albatroß" besteht außer dem Commandanten aus Lieutenant z. S. Nandewig (1. Officier), den Lieutenants z. S. Schröder II. und Saß, Assistenzarzt 1. Cl. Dr. Schneider, Obermaschinist Gottschalk und Zahlmeister-Aspirant Bestirch. Der kleine mit vier Geschützen armirte Kreuzer hat eine Besatzung von 115 Mann, Seesoldaten befinden sich nicht an Bord.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Wessen die angeblichen Erbpächter des Katholicismus vom Schlage „Germania", „Bayerischen Vaterland" und Genossen auch gegen die höchsten kirchlichen Autoritäten fähig sind, zeigt u. A. recht beredt die Sprache, in welcher das „Bayerische Vaterland" über die Verleihung des Christusordens an den Reichskanzler sich ausläßt.

„Wir sehen darin wieder ein Symptom des Geistes — sagt der südbeutsche College der „Germania" — der den Nuntius Masella nach Kissingen gehen ließ, ein Gang, von dem alle Welt voraussah, daß er ein richtiger Metzgergang sein werde, der vom katholischen Volke so wenig verstanden und gewürdigt wurde und für uns (Dr. Sig!) den bekannten römischen Erlaß zur Folge hatte, für den päpstlichen Säckel aber ein nachklingendes Bewußtsein sich fühlbar machte. Zur römische Complimente, welche das Volk nicht begreifen kann, und Bismarck nicht zu haben sein, um gewisse römische Hoffnungen gegen die Piemontesen (d. h. die Wiederherstellung des Kirchenstaates!) zu verwirklichen. Würde aber letzteres doch geschehen, was nicht wahrscheinlich, so wüßten wir ganz genau, daß die miseria contribuens plebs, das steuerzahlende ꝛc. deutsche Volk, so oder so die Kosten dafür zu zahlen hätte. Und das möchte Manchem als ein zu theurer Preis für — den Christusorden in Brillanten erscheinen. Was aber der Papst thut, muß sich es ipso katholischer Kritik entziehen, namentlich wenn man ohnehin bereits ein geprügeltes Kind der Kirche (!.... Höflicher und liebenswürdiger gegen Bismarck hätte auch Cardinal Hohenlohe als Papst nicht sein können?"

Wie der Bischof von Paderborn wegen seines Erlasses über das Studium der Theologie von der „Germania" behandelt wurde, so geht es hier dem Oberhaupte der katholischen Christenheit selbst; die Frechheit der publicistischen Demagogie in diesen Regionen wetteifert hingegen mit dem weltunterwühlenden Cynismus der socialdemokratischen Presse, und es ist entweder ein Zeichen kaum glaublicher Schwäche oder völligen Verkennens der Grundlagen des eigenen Ansehens, daß die kirchlichen Autoritäten nicht mit aller Energie gegen diese widerlichen Janitscharen des Ultramontanismus sich wenden."

* Es war verbreitet worden, daß der **Reichskanzler Fürst Bismarck** durch die angebliche Weigerung der auf Yap etablirten deutschen Kaufleute, die Verwaltung auf der Insel übernehmen zu wollen, dazu veranlaßt sei, Yap wieder aufzugeben. Diese Anschauung wird von dem „Hamburger Correspondent" als unrichtig zurückgewiesen. Der Reichskanzler hat Vertreter der beiden einzigen in den Karolinen etablirten deutschen Handlungshäuser zu sich berufen, hat ihnen mitgetheilt, welche Höhe die aus der Karolinen-Angelegenheit entstandene Differenz mit Spanien erreicht hatte und hinzugefügt, daß er es nicht über sich gewinnen könne, eines so geringfügigen Gegenstandes wegen es auf einen Krieg ankommen zu lassen, dessen Ausdehnung gar nicht abzusehen sei. Dann hat der Reichskanzler sich noch mit den betreffenden Herren über die durch diese seine Erklärung entstandene Lage unterhalten, wobei er betonte, daß er darauf halten werde, die Freiheit des deutschen Handels auf den Karolinen sicherzustellen und auf den Sulavertrag als Muster hinwies. Niemals ist den betheiligten Kaufleuten auch nur angedeutet worden, daß ihre Erklärung, die Einrichtung einer deutschen Verwaltung auf den Karolinen nicht übernehmen zu können, von irgend welchem Einfluß auf die Entschließungen des Fürsten gewesen.

* Ueber den Inhalt des **neuesten päpstlichen Rundschreibens** berichtet der „Germania", wie sie schreibt, ein römisches Privattelegramm: „Die Encyklica ist anzusehen als die Antwort auf das gemeinsame Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofsconferenz. Sie bespricht in gemäßigter Form, aber mit voller Entschiedenheit die religiöse Lage und betont die Nothwendigkeit der Lösung der Erziehungsfrage des Klerus. Schließlich behandelt sie die Freiheit der katholischen Missionen in den Colonien vom Standpuncte der freien Entwickelung der katholischen Kirche, speciell die Erziehung katholischer Missionare in Preußen."

* Die „Kreuzzeitung" schreibt zu der Meldung über die bevorstehende **Wiederbesetzung des Erzbisthums Posen:** „Nach unseren Informationen bestätigt sich die Nachricht, daß die Angelegenheit auf Grund eines vom Papste gemachten Vorschlages in allernächster Zeit ihren befriedigenden Abschluß finden wird. Der zukünftige Erzbischof wird indessen, wie man vernimmt, nicht polnischer, sondern deutscher Nationalität sein."

* Seit dem Jahre 1870 ist die Zahl der **polnischen Zeitungen und Zeitschriften** im Osten des deutschen Reiches ganz bedeutend gewachsen. Wenn auch manche der kleineren polnischen Blätter nach kurzem Erscheinen wieder eingegangen sind, so haben sich doch die meisten polnischen Organe behauptet und einen solchen Leserkreis gewonnen, daß sie bestehen können. Mit Beginn des Jahres 1886 sind allein sechs neue polnische Blätter ins Leben getreten, drei religiöse Zeitschriften, welche von Geistlichen redigirt werden, zwei gewerbliche Zeitschriften, von denen eine dem Fischereiwesen gewidmet sein wird, und endlich ein Unterhaltungszwecken dienendes Blatt. Die Anzahl der polnisch-religiösen Zeitschriften, die vom polnisch-katholischen Geistlichen redigirt werden, ist nunmehr auf 11 gestiegen. Im Ganzen erscheinen gegenwärtig in Preußen 36 polnische Blätter und Zeitschriften: 23 in der Stadt Posen, 3 in Thorn, 3 in Beuthen, je 1 in Lötzen, Königsberg, Breslau, Peiskin, Neiße, Nikolai und in Zabrze. Wer hätte vor fünfzehn Jahren einen solchen Aufschwung des polnischen Zeitungswesens in Preußen für möglich gehalten?

* Aus **München** wird unter dem 11. d. M. der „Weser-Zeitung" geschrieben:

„Wir gehen in **Bayern ernsten Dingen** entgegen!" sagte vor einigen Wochen in einer Versammlung der Führer der bayerischen Nationalliberalen, Herr von Schauß. Und diese ernsten Dinge scheinen näher zu sein, als Mancher geglaubt hat. Wir haben an dieser Stelle schon vor Jahr und Tag und dann im Laufe der Monate, welche der Kammereröffnung vorhergingen, immer wieder betont: Die trostlose Lage der königlichen Cabinetscasse ist gerade darum so verzweifelt, weil es gar keinen Ausweg zu geben scheint, der zu einer Sanirung führen könnte. Die Hülfe der Agnaten versagte zum zweiten Male, nachdem sie vor drei Jahren ein Acht-Millionen-Anleihen ermöglicht hat; die Hülfe aber des Landes in irgend einer Form, sei es durch Deckung der Privatschulden des Königs oder durch Erhöhung der Civilliste, oder endlich durch Garantie für ein Anleihen, kann gar nicht in Frage kommen. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben, drei Monate Landtag sind vorüber, die Minister haben keine Vorlage nach der besagten Richtung eingebracht und sie denken gar nicht daran, ihre Situation vor der Kammer noch weiter durch eine solche ganz aussichtslose Maßnahme zu verschlimmern. Aber sie sollen, wie die „Frankfurter Zeitung" von hier berichtet, und wir für höchst wahrscheinlich halten, einen anderen Schritt gethan haben, um die Dinge einer Lösung entgegenzutreiben: das Gesammtstaatsministerium